

Mitteilung des Senats vom 25. August 2020**Die Zukunft der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Bremen?**

Die Fraktion der FDP hat unter Drucksache 20/555 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die vorgenannte Große Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Im „Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ vom Februar 2020 beschreibt die Bundesregierung die Branche als die Gesamtheit aller Unternehmen, die Produkte, Technologien und technische Dienstleistungen zum Zwecke der zivilen Sicherheit und der militärischen Nutzung entwickeln oder produzieren und hierdurch einen Großteil ihres Umsatzes erzielen. Die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie stellt damit eine Querschnittsbranche dar. In den amtlichen Statistiken finden sich keine umfassenden Ergebnisse hierzu. Es gibt statistische Erhebungen für Teilbereiche der Branche, deren Ergebnisse jedoch der Geheimhaltung unterliegen. Die Produktion der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie findet in verschiedenen Wirtschaftszweigen statt und häufig treten in dem Bereich Unternehmen mit ziviler beziehungsweise militärischer Produktion nebeneinander auf.

Ein Großteil der Fragen der vorliegenden Großen Anfrage beziehen sich auf unternehmensspezifische Daten wie Beschäftigtenzahl, Umsatz oder F&E-Ausgaben, zu denen der Senat über keine aussagekräftigen Informationen verfügt. Dem Senat liegt keine gesonderte Branchenerhebung zu dem Wirtschaftsbe- reich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Bremen und Deutschland vor.

Die in der großen Anfrage erwähnten Unternehmen beschäftigen mehrere Tau- send hochqualifizierte Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter und sind wichtige Partner und Arbeitgeber im Land Bremen. Dazu kommen weitere über Tausend quali- fizierte Arbeitsplätze bei den Zuliefererunternehmen in Bremen und der Re- gion. Grundsätzlich werden diese Unternehmen unter anderem im Rahmen der Clusteraktivitäten des Landes, vor allem im Bereich Luft- und Raumfahrt und maritime Wirtschaft und Logistik, industrie- und wirtschaftspolitisch begleitet. Das Land Bremen unterstützt die Unternehmen bei ihrer strategischen Weiter- entwicklung zu führenden Systemhäusern, zum Beispiel im Bereich der zivilen maritimen Sicherheitstechnik. Darüber hinaus unterstützt das Land die Vernet- zung im Bereich des Wissens- und Technologietransfers und baut den Schwer- punkt der maritimen Sicherheitsforschung aktuell weiter aus.

1. Welche Bedeutung hat aus Sicht des Senats die Sicherheits- und Verteidi- gungsindustrie für den Wirtschaftsstandort Bremen?
2. Welche Unternehmen im Land Bremen gehören nach Auffassung des Se- nats zur Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und welche Unterneh- men sind als Zulieferer für die genannte Industrie wichtig?

3. Wie viele Arbeitsplätze hängen in Bremen direkt und indirekt von der Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft ab?
4. Wie viel Umsatz wird in Bremen direkt und indirekt von der Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft erwirtschaftet?
5. Welcher Anteil am Gesamtumsatz der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland wird in Bremen erwirtschaftet, und wie hoch ist der bremische Anteil an den Gesamtarbeitsplätzen in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland?

Die Fragen 1. bis 5. werden durch die Vorbemerkung beantwortet. Nach Kenntnis des Senats gibt es derzeit keine umfassende und systematische Branchenerhebung zu der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland.

6. Welche Bedeutung hat das „Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland“ vom 8. Juli 2015 für den Standort Bremen und inwieweit haben sich die in dem Strategiepapier beschriebenen Maßnahmen (beispielsweise die Konsolidierung der deutschen und europäischen Verteidigungsindustrie oder die Festlegung von nationalen, verteidigungsindustriellen Schlüsseltechnologien) bereits auf den Standort Bremen ausgewirkt?

Das oben genannte Papier der Bundesregierung betrachtet erstmalig die Bereiche der zivilen Sicherheitsindustrie und der Verteidigungsindustrie zusammen. Der Senat konzentriert sich in seiner Wirtschafts- und Industriepolitik auf Aktivitäten und Maßnahmen für Unternehmen im Bereich der zivilen Sicherheitsindustrie. Vor diesem Hintergrund sind die von der Bundesregierung angekündigten Maßnahmen zur Stärkung dieser hoch innovativen und wettbewerbsfähigen Teilbranche grundsätzlich zu begrüßen.

7. Welche für die Sicherheit Deutschlands wichtigen Projekte der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie werden am Standort Bremen entwickelt oder produziert?

Themen und Projekte, die die Sicherheit Deutschlands betreffen, werden vom Bund beauftragt und gesteuert. Dazu liegen dem Senat keine gesonderten Informationen vor.

8. Inwieweit ist der Standort Bremen nach Meinung des Senats wichtig, um die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr im Hinblick auf die Landes- und Bündnisverteidigung sowie die Verteidigung von Frieden und Freiheit zu erhalten?

Fragen zum Erhalt der Funktionsfähigkeit der Bundeswehr und in Bezug auf die Landes- und Bündnisverteidigung betreffen die Kompetenzen des Bundes und können vom Senat nicht beantwortet werden.

9. Inwieweit fördert Bremen die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie am Standort Bremen?

Der Fokus des bremischen Senats liegt auf Fördermaßnahmen, die die zivilen Produktionsbereiche der Unternehmen stärken. Der Senat befürwortet die finanzielle Unterstützung von Maßnahmen vor allem im Bereich der zivilen Sicherheitstechnik, die unter anderem die Bereiche Verkehr/Logistik, zum Beispiel die Schiffs- und Containersicherheit, den Küsten- und Umweltschutz sowie die Krisenprävention und -bewältigung im Zuge extremer Naturereignisse betreffen.

Der Senat schließt seit längerem die landesseitige Förderung von wehrtechnischen Aktivitäten bremischer Unternehmen aus. Dabei ist er sich der generellen, durch ihn nicht beeinflussbaren, sogenannten Dual-Use-Problematik bewusst.

10. Welche Mittel fließen am Standort Bremen in welchem Umfang in die Forschung und Entwicklung im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie?

Siehe Vorbemerkung und zudem wegen des engen Sachzusammenhangs die Antwort zu Frage 11.

11. An welchen öffentlichen Hochschulen im Land Bremen wurden in den vergangenen fünf Jahren welche Projekte mit welchem Volumen im Auftrag der Unternehmen der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie und des Bundesministeriums der Verteidigung durchgeführt?

Die Universität Bremen hat dazu drei Projekte benannt:

Projekt 1 ist ein großes EU-Verbundprojekt, an dem unter anderem die Universität Bremen und Airbus Defense & Space beteiligt waren.

- Gesamte Projektsomme: 2,9 Millionen Euro
- Anteil Uni Bremen: rund 280 000 Euro
- Ein fachlicher Zusammenhang zur Sicherheits- und Verteidigungsindustrie wird allerdings eher nicht gesehen, da das auf die Universität entfallende Projekt ausschließlich mit CO₂-Messungen in der Atmosphäre befasst war.
- Projekt 2 beinhaltet eine Zusammenarbeit mit Airbus Operations GmbH mit einem Projektvolumen von 20 000 Euro. Inhalt:
 - Entwicklung einer Testumgebung, um Systemkomponenten zur Reduktion von Lärm und Treibstoffverbrauch in virtueller Umgebung testen zu können.
 - Die Universität geht hierbei von einem Nutzen für die zivile Luftfahrt aus.

Projekt 3 beinhaltet eine Machbarkeitsstudie. Der Projektinhalt bezog sich auf Flüssigkeitstransport in der Schwerelosigkeit. Die Projektsomme betrug rund 25 000 Euro. Projektpartner war Airbus Defense & Space.

Von der Hochschule Bremen wurde ein Dual-Use-Projekt genannt, das mit Airbus Defence & Space durchgeführt wurde, und zwar im Zeitraum von September 2016 bis August 2018. Der Projekttitle lautete ELWIT. Inhaltlich beschäftigte sich das Projekt mit Flugzeugflügel-Beschichtungen. Der Auftragswert betrug 324 000 Euro netto. Das Projekt ist auch in der Forschungsdatenbank der Hochschule Bremen nach § 75 Absatz 6 BremHG eingetragen.

Die Hochschule Bremerhaven hat einen zivilen Auftrag von Airbus Defence & Space im Rahmen eines ESA-Raumfahrt-Projekts genannt. Bei dem Auftrag handelt es sich um einen Baustein im Rahmen eines größeren Entwicklungsprogramms für eine neue Raumfähre, betreffend technologische Entwicklung und Lieferung von Hardware, Software und Dokumentation. Das Auftragsvolumen betrug insgesamt 250 000 Euro bei einer Gesamtlaufzeit vom 1. Januar 2015 bis 31. Oktober 2019.

Die Hochschule für Künste hat - wenig überraschend - keine gemeinsamen Projekte mit oder Aufträge von Unternehmen der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie und des Bundesministeriums der Verteidigung durchgeführt.

12. Wie begleitet das Landesamt für Verfassungsschutz die Unternehmen der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie, insbesondere um Spionage durch auswärtige Staaten zu verhindern, und wie wird eine Kooperation mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz beziehungsweise mit dem Militärischen Abschirmdienst sichergestellt?

Die Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie wird in Fragen des Geheimschutzes vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie betreut. Die erforderlichen sicherheitstechnischen Überprüfungen erfolgen im Rahmen der Mitwirkungsaufgaben durch das Bundesamt für Verfassungsschutz.

Daneben werden die geheimschutzbetreuten Unternehmen in regelmäßigen Abständen vom Landesamt für Verfassungsschutz Bremen (LfV) kontaktiert und durch einen Mitarbeiter persönlich aufgesucht. Bei diesen Sensibilisie-

rungsgesprächen werden die Unternehmen auf aktuelle nachrichtendienstliche Entwicklungen und Vorgehensweisen fremder Mächte hingewiesen. Hierbei werden sowohl die Bereiche der klassischen Spionage, wie auch Fragen der Proliferation und Cyberabwehr thematisiert. Diese Gespräche werden in enger Abstimmung mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz und gegebenenfalls auch zusammen mit weiteren Landesämtern für Verfassungsschutz durchgeführt.

Zwischen den Verfassungsschutzbehörden und dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) besteht ein regelmäßiger Informationsaustausch, an dem auch das LfV beteiligt ist. Hierzu gehören sowohl der bundesweite Austausch der Erkenntnisse, etwa durch gemeinsame Arbeitstreffen unter Beteiligung des BfV, wie auch der unmittelbare Kontakt des LfV zum MAD.

13. Inwieweit setzt sich der Senat für klarere Regeln und mehr Rechtssicherheit bei dem Export von Gütern der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie ein?

Entscheidungen zum Export von Gütern der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie werden ausschließlich durch den Bundessicherheitsrat, in dem die Bundesländer nicht vertreten sind, getroffen. Die Außen- und Sicherheitspolitik liegt ausschließlich in der Regelungskompetenz des Bundes, weshalb es auch keine Befassung des Bundesrates in diesen Angelegenheiten gibt. Der Bundestag wird im Nachhinein über die Entscheidungen des Bundessicherheitsrates informiert.